

Wahlprüfsteine

Fragen zu den asyl-, migrations- und integrationspolitischen Positionen der Parteien zur Dresdner Stadtratswahl am 25.5.2014

Zusammenfassung der Antworten

namf Netzwerk

ASYL ■

MIGRATION ■

■ **FLUCHT**

1

Unterstützen Sie die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Dresden?



Die FDP steht einer dezentralen Unterbringung aufgeschlossen gegenüber. Bis auf einen Antrag in 2010 wurde aber nicht viel mehr in dieser Richtung getan.



Die SPD unterstützt die Unterbringung in Wohnungen ebenfalls und will sich auch weiterhin dafür einsetzen.



Die Piraten unterstützen das Konzept ebenfalls. Als Mindestvoraussetzung fordern sie 14qm pro Person und eine gute soziale Lage der Wohnungen. Bei der Belegung sollte auf die Herkunft und die Bedürfnisse der Personen geachtet werden.



Die Grünen setzen sich ebenfalls für eine entsprechende Unterbringung ein. Heime können aber, wenn sie den Bedürfnissen entsprechend gestaltet und nicht zu groß sind, übergangsweise für eine Unterbringung vorgesehen sein.

DIE LINKE.

Die Linken Stadträte haben von Anfang an für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern gekämpft. Wir haben dazu mehrmals Anträge eingebracht und die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern in unser Wahlprogramm geschrieben.

2

Welchen Handlungsbedarf leiten Sie aus dem aktuellen Heim-TÜV des sächsischen Ausländerbeauftragten ab? Planen Sie, diesen umzusetzen?



Die FDP begrüßt die eher positive Bewertung der Dresdner Heime und fordert, dieses Level zu halten. Sie sieht insoweit keinen weiteren Handlungsbedarf. Finanzielle Aspekte müssten bei der Unterbringung beachtet werden.



Die SPD sieht erheblichen Verbesserungsbedarf in Zustand wie Ausstattung der Heime und fordert die konsequente Umsetzung der Empfehlungen des Heim-TÜV. Außerdem sei die dezentrale Unterbringung weiter auszubauen.



Die Piraten begrüßen den Heim-TÜV, verweisen aber vor allem auf die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land für dessen Umsetzung. Eine gute Unterbringung muss neben Standortfaktoren und dem Zustand der Heime aber auch verschiedene sozio-kulturelle Aspekte beachten.



Die Grünen sehen die Heim-TÜVs durchaus kritisch, weil die Ergebnisse nicht notwendigerweise die Realität widerspiegeln. Sie fordern jedoch, dass die Anforderungen aus den Heim-TÜVs schnellstmöglich auch in sächsisches Recht umgesetzt werden, und nicht nur unverbindliche Empfehlungen bleiben.

DIE LINKE.

Die Linken haben die Heime in Dresden auch unter Beachtung des Heim-TÜF besucht und darüber in der Fraktion beraten. Das hat dazu geführt, daß wir beispielsweise einen interfraktionellen Antrag zum Asyl- und Wohnungslosenheim unterschrieben haben, dieses Heim zu schließen.

3

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Standortauswahl der sächsischen Regierung für die neue Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden in direkter Nähe zur Justizvollzugsanstalt und dem Wertstoffhof (Hammerweg)?



Die FDP sieht in der Standortwahl keine Probleme.



Die SPD lehnt die Standortwahl ab und will sich für eine echte Alternative einsetzen.



Die Piraten lehnen den Standort ebenfalls ab. Er isoliere die Personen. Stattdessen müssten Kriterien für einen Standort gemeinsam mit Vereinen und Akteuren im Asyl- und Migrationsbereich erarbeitet werden.



Die Grünen begrüßen zwar die Verteilung der Erstaufnahmeeinrichtungen auf mehrere Standorte, lehne aber sowohl den Standort in Dresden als auch die angestrebte Zahl von 500 Personen ab. Der Standort begünstige Vorurteile und die unmittelbare Nähe zur JVA Dresden zeuge nicht von Sensibilität.

DIE LINKE.

Die Linken lehnen die ab. Das habe ich im Sonderausländerbeirat im Mai 2014 begründet. Das Konzept geht, der Standort ist unakzeptabel. Leider hat die Landesregierung der kommunalen Politik hierzu kein Mitspracherecht eingeräumt.

4

Wie ist Ihre Sichtweise auf das Sprachkursangebot für Asylsuchende in Dresden? Halten Sie es für angemessen, dass Sprachkurse vielfach von ehrenamtlichen Initiativen getragen werden?



Die FDP sieht ein vielfältiges Sprachkursangebot für Migrant*innen in Dresden und begrüßt ehrenamtliches Engagement anstelle von staatlichem Handeln.



Das Angebot an Sprach- und Integrationskursen muss aus Sicht der SPD ausgebaut werden, wobei die Stadt Dresden dafür die Verantwortung trägt. Diese auf ehrenamtliche Initiativen abzuwälzen, sei falsch.



Neben genügend Sprachkursangeboten, die durch die Stadt gefördert bzw. bereit gestellt werden sollen, sollten auch Ansprechpartner*innen für das alltägliche Leben der Personen zur Verfügung stehen, die im besten Falle über entsprechende Sprachkompetenzen verfügen.



Die Grünen sehen die derzeitigen Sprachkursangebote als nicht ausreichend und setzen sich weiterhin für eine Erweiterung des Angebotes ein unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Personen ein. Ehrenamtliche Initiativen begrüßen sie, diese sollten aber finanziell unterstützt werden.

DIE LINKE.

Die Linken sagen, dass Sprachkurse von staatlicher Stelle geführt und finanziert werden müssen, wenn eine richtige Integration erreicht werden soll. In einigen Fällen wird das gemacht, dann wenn der Asylsuchende „nützlich“ ist.

5

Wie schätzen Sie die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden in Dresden ein? Welche Vorschläge machen Sie zur Überwindung bestehender Barrieren (Sprache, bürokratischer Aufwand, Einschränkungen durch Asylbewerberleistungsgesetz) in der Gesundheitsversorgung?



Die FDP befürwortet zwar eine administrative Vereinfachung, verweist jedoch auf die ablehnende Haltung der Landesregierung zum Thema. Außerdem sieht sie keinen qualitativen Unterschied in der Versorgung.



Die SPD sieht im Asylbewerberleistungsgesetz eine große Hürde für die medizinische Versorgung. Die Kommune sollte jedoch die Spielräume nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Die SPD könnte sich dazu eine kostenlose gesundheitliche Infrastruktur vorstellen oder einen kommunalen Beistand in Gesundheitsfragen. Eine andere Möglichkeit sei eine ausreichende Unterstützung bestehender ehrenamtlicher Strukturen.



Die Piraten fordern die Einführung der Krankenversicherungskarte auch für Asylsuchende. Dies senke Verwaltungskosten und ermögliche eine niedrigschwellige medizinische Behandlung. Zudem sollen Traumata besser behandelt werden und mehr in den Fokus der gesamten Betreuung treten.



Die medizinische Versorgung muss sich trotz des restriktiven Asylbewerberleistungsgesetz an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Geeignete Instrumente sehen die Grünen in der Einführung von Gesundheitskarten, einer medizinischen Beratung in Wohnheimen sowie in einer besseren Unterstützung bestehender ehrenamtlicher Angebote.

DIE LINKE.

Die Linke hat wegen der schlechten Zustände bei der Gesundheitsversorgung bei Asylsuchenden einen Antrag zur Einführung einer Gesundheitschipkarte gestellt. Der wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

6

Befürworten Sie generell ein kommunales Wahlrecht für alle MigrantInnen?



Die FDP lehnt ein kommunales Wahlrecht unabhängig vom Aufenthaltsstatus ab.



Die SPD kann sich ein kommunales Wahlrecht für alle in Dresden lebenden Personen gut vorstellen.



Die Piraten fordern ein kommunales Wahlrecht für alle in Dresden lebenden Personen unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder Alter.



Die Grünen befürworten ein uneingeschränktes kommunales Wahlrecht. Weil dies aber auf kommunaler Ebene nicht umzusetzen ist, sollen „Zwischenlösungen“ zur besseren Teilhabe gestärkt werden, etwa Integrations- und Zuwanderungskonzepte und entsprechende Institutionen.

DIE LINKE.

Die Linken: Diese Forderung vertreten wir von Anfang an und haben sie vor jeder Wahl neu gefordert.

7

Was halten Sie davon, dem Ausländerbeirat ein stärkeres politisches Gewicht zu geben? Wir würden befürworten, wenn dem Gremium ein äquivalentes Rederecht entsprechend den Stadträten im Stadtrat eingeräumt würde.



Die FDP sieht keinen Änderungsbedarf bei den Kompetenzen des Ausländerbeirates.



Die SPD befürwortet ein Rederecht im Stadtrat. Darüber hinaus appelliert sie an alle Fraktionen und die Verwaltung, die Meinungen des Beirates stärker zu berücksichtigen.



Die Piraten wollen die institutionelle Rolle des Ausländerbeirates stärken, weil er die Interessen von Nicht-Wahlberechtigten in Dresden vertritt.



Die Stärkung des Ausländerbeirates wird auch von den Grünen als Teil einer verstärkten politischen Partizipation von Migrant*innen ausdrücklich begrüßt. Dazu sollte der Ausländerbeirat beispielsweise zum Ausschuss mit Selbstbefassungs- und Mitbestimmungsrecht weiterentwickelt werden.

DIE LINKE.

Der Ausländerbeirat ist ein Ersatzgremium für das fehlende Ausländerwahlrecht. Auch wir waren schon immer für ein größeres politisches Mitbestimmungsrecht, als es der Beirat bieten kann.

8

Wie beurteilen Sie den Stand der Umsetzung des fortschrittlichen Integrationskonzepts von 2009? Wie schätzen Sie Ihren eigenen Beitrag bei der Umsetzung ein (sowohl positiv, als auch negativ)?



Die Umsetzung sei ein fortlaufender Prozess.



Die SPD begrüßt das Konzept, sieht aber in der Umsetzung erhebliche Defizite. Insbesondere die Beachtung von Vorschlägen der Fachgruppen durch die Verwaltung wird kritisiert. So müssten Projekte mit integrativem Charakter und gegen Nazis und Rassismus finanziell stärker unterstützt werden und Integration und Inklusion Sache der Stadtspitze sein.



Aus Sicht der Piraten ist das Konzept eher eine Willensbekundung als tatsächliche Arbeitsgrundlage für die Verwaltung.



Die Fortschreibung des Konzeptes ist aus Grüner Perspektive enorm wichtig. Insbesondere sei die finanzielle Ausstattung von Projekten, die der Umsetzung der Ziele des Konzeptes dienen, von Bedeutung. Man sehe aber vor allem Probleme in der Wahrnehmung des Konzeptes und der Weiterentwicklung, die in abgeschlossenen Arbeitsgruppen stattfindet, statt in öffentlichem und partizipativem Rahmen.

DIE LINKE.

Da wir das Integrationskonzept maßgeblich mit eingefordert und vorangebracht haben, sind wir mit dem derzeitigen Stand der Umsetzung nicht zufrieden. Von Seiten der Verwaltung wird in vielen Ämtern und Bereiche nach wie vor nichts dazu beigetragen und gesamtgesellschaftlich spürt man leider nur wenig integrative Ansätze.

9

Welche Maßnahmen planen Sie zur weiteren interkulturellen Öffnung in der Verwaltung und in städtischen Unternehmen?



Die FDP sieht im neuen Welcome Center einen Fortschritt und begrüßt Möglichkeiten der mehrsprachigen Kommunikation in der Verwaltung.



Interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit in der Verwaltung müssen aus Sicht der SPD zum Standard werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen zudem eine verstärkte Rolle in der Verwaltung spielen. Dazu schlägt die SPD beispielsweise anonymisierte Bewerbungsverfahren für Stellen im öffentlichen Dienst vor.



Die Piraten fordern Schulungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie mehrsprachige Formulare durch die Behörden. Anonymisierte Bewerbungsverfahren werden ebenfalls begrüßt.



Interkulturelle Weiterbildungen und die Förderung von Sprachkompetenzen bei Verwaltungsangestellten sowie mehr Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte sind für die Grünen mögliche Maßnahmen zur Öffnung der Verwaltung.

DIE LINKE.

Der Stadtrat hat kein großes Einflußrecht auf die städtischen Unternehmen. Das ist nur über die Vertretungen in den Aufsichtsräten und Verwaltungsräten bedingt möglich. So wie in den Unternehmen müssen wir für Maßnahmen in der Verwaltung Mehrheiten erreichen.

10

Was planen Sie in Bezug auf eine Chancengleichheit im Hinblick auf die Versorgung von Asylsuchenden und MigrantInnen mit einer Behinderung und/ oder Pflegebedürftigkeit? MigrantInnen werden im Durchschnitt 10 Jahre eher pflegebedürftig als Einheimische!



Gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Pflegesituation, die Deutsche und Migrant*innen gleichermaßen betreffen, sind notwendig, werden aber auf bundesrechtlicher Ebene zu klären sein und sind insofern nicht Gegenstand von Kommunalrecht.



Die SPD sieht den besonderen Bedarf bei Menschen mit Migrationsgeschichte als wichtigen Punkt für Regelungen. Sie schlägt daher insbesondere die Unterstützung von bedürfnisorientierter Pflege, beispielsweise in entsprechenden WGs oder durch mehrsprachige Pflegekräfte. Menschen mit Behinderung müssen umfassend inkludiert werden können, hierbei ist Barrierefreiheit das oberste Gebot.



Niemand sollte aus Sicht der Piraten schlechter gestellt sein, was die Versorgung angeht. Bei Asylsuchenden sehen die Piraten eine besondere Unterstützungsbedürftigkeit, da diesen häufig die finanziellen Mittel fehlen würden.



Die Grünen verweisen ebenfalls auf die Bundesgesetzgebung. Auf kommunaler Ebene sollten aber vor allem die Betroffenenorganisationen und Verbände verstärkt zusammenarbeiten und bereits bestehende institutionelle Arbeit unterstützt und verstärkt werden. Pflegekräfte müssen zudem in Arbeit und Ausbildung auf die Herausforderungen der interkulturellen Gesellschaft vorbereitet werden, Stichwort „kultursensible Pflege“.

DIE LINKE.

Was für die städtischen Unternehmen, die Verwaltung, die Gesundheitsversorgung und alle anderen Bereiche gilt, ist natürlich auch hier der Maßstab. Wir trennen die Bereiche nicht; für die Linke gibt es keine Unterschiede. Natürlich müssen alle gleich behandelt werden.

Sehen Sie Bedarf daran, die antirassistischen Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in Dresden zu erweitern? Welche Schwerpunkte möchten Sie setzen?



Aus Sicht der FDP reichen die vorhandenen Programme im Bildungspolitischen Bereich und in der Jugendhilfe aus.



Angebote, die sich gegen menschenverachtende Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richten, müssen gestärkt und ausgebaut werden. Die SPD betrachtet dabei vor allem die Aspekte der „Diversität“ und „Inklusion“ als zentrale Inhalte entsprechender Angebote.



Die Piraten sehen die Bildungsangebote gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als wichtige Aufgabe der Stadt an. Entsprechendes Engagement muss ausreichend unterstützt und darf nicht kriminalisiert werden.



Rassismus ist ein Problem der gesamten Gesellschaft. Entsprechende plädieren die Grünen für ein umfassendes Bildungsangebot, welches durch Projekte und Vereine in unterschiedlichen Einrichtungen der Bildung durchgeführt und entsprechend unterstützt und finanziert werden muss.



Natürlich müssen die erweitert werden. Das muß eine ständige Aufgabe sein und ist es für uns auch. Wir agieren diesbezüglich in vielen Netzwerken und in den politischen Gremien. Vorrangige Schwerpunkte müssen Bildung, Aufklärung und Geschichtskennntnisse sein, welche die Ursachen von Rassismus vermitteln, seine Erscheinungsformen und die Möglichkeiten der Beseitigung von Rassismus.

Wahlprogramm der anderen Parteien:

CDU:

<http://www.cdu-dresden.de/stadtratswahl/wahlprogramm2014.html>

AfD:

<https://www.alternativefuer.de/europawahl/europa-wahlprogramm/>

Namf Netzwerk Asyl Migration Flucht

namf.blogspot.de

Dresden, Mai 2014